

(A) Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen 104. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Ich begrüße insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 15 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Seinen Geburtstag feiert heute unser Kollege Günter Weber von der Fraktion der SPD. Er wird 63 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, lieber Günter, und alles Gute für die Zukunft!

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Wir setzen die Haushaltsberatungen vom 10. Dezember 1998 fort. Meine Damen und Herren! Wir haben die Haushaltsberatung gestern nach dem Einzelplan 13 unterbrochen und setzen sie heute fort.

(Viele SPD-Abgeordnete gratulieren Günter Weber [SPD] zum Geburtstag. - Unruhe - Glocke)

(B)

- Die Geburtstagsfeier ist später!

(Heiterkeit)

Ich rufe zunächst auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

mit den Teilbereichen a) Umwelt, Raumordnung und b) Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

Ich verweise auf die Beschlüßempfehlung Drucksache 12/3510 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/3585 und 12/3586.

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Umwelt, Raumordnung

und erteile das Wort dem Kollegen Stump für die Fraktion der CDU. (C)

(Erhebliche Unruhe)

- Meine Damen und Herren! Es sind im Augenblick noch viele Plätze frei. Wenn Sie diskutieren müssen, dann tun Sie dies bitte außerhalb des Plenarsaals.

Herr Kollege!

Werner Stump (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Entwurf des Haushaltsplans 1999 ist im Teilbereich Umweltschutz und Raumordnung aus unserer Sicht ein Dokument der Fehlsteuerung und des Versagens dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Zunächst einmal freue ich mich, feststellen zu können, daß Sie alle wach sind.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Es geht schon wieder los!)

- Aber, Herr Ministerpräsident, von moderner, zukunftsgerichteter Umweltpolitik ist nichts zu spüren; von grüner Ideologie und roter Ohnmacht dagegen sehr viel. (D)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Während der Haushaltsplanberatung im Fachausschuß gab es beinahe gespenstische Situationen: SPD und GRÜNE nickten diesen Haushaltsentwurf einfach nur ab. Die CDU hat dagegen 16 zielgerichtete Anträge gestellt

(Lachen bei SPD und GRÜNEN - Ministerin Bärbel Höhn: Davon ist nur einer übriggeblieben. Was ist mit den anderen 15?)

und versucht, wenigstens den größten Teil ---

Herr Präsident! Können Sie mir Raum verschaffen, damit ich hier reden kann? Es herrscht offenbar am frühen Morgen große Heiterkeit.

Präsident Ulrich Schmidt: Entschuldigung, die Sitzungsleitung habe ich. Solche Zwischenrufe sind parlamentarisch. Da muß man durch, Herr Stump.

(Allgemeine Heiterkeit)

(A) Werner Stump (CDU): Da muß man also durch.

(Zuruf des Johannes Rimmel [GRÜNE])

Gut, meine Damen und Herren! Festzustellen ist, daß Sie Sozialdemokraten diesen Haushalt im Grunde genommen abgenickt haben. Ich kann nur sagen: arme Sozialdemokraten! Denn eine Reihe von Punkten wären mit Ihnen diskussions- und verhandlungsfähig gewesen.

Die CDU wird auch künftig nicht davon ablassen, die besseren Initiativen zur rot-grünen Umweltpolitik zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Das fängt bei einem Thema an, das inzwischen auch der Ministerpräsident entdeckt hat; das Stichwort lautet: Umweltpakt. Herr Clement will die Umweltqualität verbessern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sichern und schaffen sowie staatliche Umweltverwaltung leistungsfähiger und unbürokratischer machen - Kompliment, Herr Ministerpräsident! Allerdings sind die Erkenntnisse aus der Regierungserklärung vom 17. Juni 1998 von der CDU bereits am 1. September 1997 mit dem Antrag "Umweltpakt für Nordrhein-Westfalen" in die Diskussion gebracht worden. Da ist abgekupfert worden. Wenn das so ist, wäre das ja noch nicht schlimm.

(B)

Das Bedenkliche ist, daß SPD und GRÜNE ein Jahr lang die Initiative der CDU-Fraktion für die Schaffung eines Umweltpaktes in Nordrhein-Westfalen blockiert haben.

In den jetzt vorliegenden eigenen Ideenskizzen ist von der Verbesserung der Umweltqualität, von einer Verschlinkung der staatlichen Verwaltung, von der Sicherung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze wenig zu lesen. Lassen Sie es mich für meine Fraktion klar formulieren: Ein Umweltpakt als Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen hat nur dann eine Chance, wenn ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichrangig berücksichtigt werden.

Das, was GRÜNE und Sozialdemokraten abliefern, wird in Konfrontation und Schuldzuweisungen statt in Konsens enden. Grüne Überzeugungstäter und mutlose Sozialdemokraten sind eben nicht in der Lage, als Moderatoren ausgleichend widerstreitende Interessen zusammenzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Als aktuelles Beispiel nenne ich die Finanzierung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes. Das von der Landesregierung entwickelte Lizenzmodell ist bereits im Januar 1996 vom OVG Münster für verfassungswidrig erklärt und dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt worden. Seither fließen praktisch keine Mittel mehr an den AAV. Die Altlastensanierung am Industriestandort Nordrhein-Westfalen mit über 25 000 Altlastenverdachtsflächen wird massiv behindert, ja, es findet eigentlich gar nichts mehr statt.

(C)

Trotzdem stellt die Landesregierung Jahr für Jahr knapp 50 Millionen DM in den Haushalt ein, die angeblich dem Verband zur Verfügung stehen. Es handelt sich bei dieser Haushaltsposition um eine klassische Luftbuchung, wie wir sie in diesem Haushalt an vielen Stellen erkennen, und um eine Täuschung der Öffentlichkeit, die mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nichts mehr zu tun hat.

Besonders schwer wiegt jedoch die Tatsache, daß es die rot-grüne Landesregierung nicht geschafft hat, mit der kooperationsbereiten Wirtschaft zu einer freiwilligen Vereinbarung über die Finanzierung des AAV zu gelangen. Meine Damen und Herren, diese freiwillige Vereinbarung könnte der Grundstein für einen Umweltpakt Nordrhein-Westfalen sein. Aber Sie sind im Ansatz gescheitert.

(D)

Das leidige Thema "mechanisch-biologische Anlagen" muß ich erneut ansprechen. Absurder kann grün-rotes Koalitionsgehampel gar nicht sein. Dabei sind die Sozialdemokraten - ich sage schlicht und einfach - die Marionetten am grünen Finger. Wir alle haben nämlich oft genug von Ihnen, Herr Dr. Kasperek, gehört - und dies in Ihrer Funktion als umweltpolitischer Sprecher -: MBAs sind Teufelszeug.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Nein!)

- Das haben Sie gesagt. Die Pläne von Ministerin Höhn zum Ausbau der MBA-Schiene Nordrhein-Westfalen verstießen gegen den Koalitionsvertrag - das wäre ja noch nicht einmal so schlimm, lieber Herr Kollege -, aber auch gegen das Landesabfallgesetz, so haben Sie festgestellt, ebenso gegen die Technische Anleitung Siedlungsabfall des Bundes. Im übrigen seien sie ökonomischer und ökologischer Unsinn. Vernichtender kann eine Kritik - vor allen Dingen seitens des Koalitionspartners - nicht sein.

(Werner Stump [CDU])

- (A) Trotzdem schieben Sie Frau Höhn Jahr für Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Förderung dieser Anlagen Millionen über den Tisch. Für 1999 dürften es wieder 8 Millionen DM sein. Heuchlerischer kann Politik nicht sein! Sie trägt bei dieser Art der Auseinandersetzung auch nicht dazu bei, daß die Bürger mehr Vertrauen in die Politik gewinnen.

Ich nenne darüber hinaus ein anderes Thema. Die CDU vertritt die Auffassung, daß aus Gründen des Umweltschutzes die nicht umweltgerechten, nicht TASI-konformen Billigdeponien schnell geschlossen werden müssen. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln diese künftigen ökologischen Zeitbomben ersparen.

Deshalb fordern wir das Land auf, einen Zukunftsfonds Lastenausgleich in Höhe von 50 Millionen DM aufzulegen, um die betroffenen Kommunen bei der kostspieligen Schließung der Billigdeponien zu unterstützen. Die Kommunen bzw. Gebührenzahler dürfen mit diesen Problemen nicht alleingelassen werden. Wenn wir heute nicht handeln, meine Damen und Herren, dürfen wir für viele 100 Millionen DM in 20 Jahren die Löcher wieder ausbuddeln und Altlasten entsorgen.

- (B) Ich könnte auf das Thema Garzweiler noch intensiver eingehen, gebe aber nur den Hinweis, daß auch hier wieder Mittel dafür bereitgestellt werden - auch mit Billigung des Kabinetts, auch mit Billigung des Ministerpräsidenten -, letztendlich auch weitere Untersuchungen in wasserwirtschaftlicher Hinsicht zu betreiben. Frau Höhn wird diesen Spielraum nutzen.

Ich nenne das Thema Abwasserabgabe. Bei der Abwasserabgabe müssen wir feststellen, daß die Mittel Jahr für Jahr aufgehäuft werden und jetzt wieder ca. 200 Millionen DM auf der hohen Kante liegen, ohne daß sie eingesetzt werden, um in betroffenen Räumen zu helfen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Das ist einfach falsch!)

- Nein, Sie müssen unseren Antrag dazu nehmen, dann ist die Begründung geliefert. Diese 200 Millionen DM wären geeignet, gerade im ländlichen Raum, gerade im Abwasserbereich den Menschen

(Ministerin Bärbel Höhn: Sie wissen, daß das falsch ist, was Sie sagen!)

zu helfen, und wenn es bei der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung ist. (C)

(Beifall bei der CDU)

Mit Ideen können Sie hier mithalten. Sie müssen es nur wollen. Sie tun es nicht. Deshalb verlassen Sie in der Politikgestaltung auch praktisch den ländlichen Raum. Wir können Sie nur herzlich bitten und einladen, unserem Antrag zuzustimmen.

Ich nenne das Thema Hochwasserschutz. Das ist ein völlig vernachlässigtes Thema in Nordrhein-Westfalen. Es wird praktisch statisch festgeschrieben, was man jährlich dazu ausgeben kann. Bei Diskussionen gerade auch mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Landtagen vor kurzer Zeit mußte ich feststellen, wie vital die Interessen dort sind, miteinander zu reden und zu handeln.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich diesem landesbezogenen Ausgleich bis heute verschlossen. Das Land Nordrhein-Westfalen ist noch nicht einmal dem deutsch-französischen Vertrag beigetreten. Das Land Nordrhein-Westfalen sitzt noch nicht einmal am Tisch, wenn sich diese südlichen Bundesländer über die Kriterien von Hochwasserschutz gemeinsam im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags unterhalten. Da sitzt die Ministerin hier in Nordrhein-Westfalen und hört allenfalls die Ergebnisse ab. (D)

Diese Ministerin ist noch nicht einmal in der Lage, mit der grünen Kollegin im Land Hessen in der Weise zu konferieren, daß ergebnisorientiert eine Lösung im Bereich der Poldergestaltung des Landes Hessen zustande kommt. Das Problem in Hessen besteht darin, daß wir dort mittlerweile innerhalb einer Legislaturperiode die dritte grüne Umweltministerin haben. Die Ministerin muß also schon mit der dritten Kollegin reden. Ich sage Ihnen noch einmal, Frau Höhn: Im Bereich des Hochwasserschutzes, bei den Gesprächen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen haben Sie im Grunde genommen versagt.

(Beifall bei der CDU)

Sie schreiben statisch etwas fest. Während den Menschen die Keller volllaufen, handeln Sie nicht ausreichend.

Ich mag einfach das Bild nicht, daß die Ministerin dann bei irgendeiner Hochwasserkatastrophe

(Werner Stump [CDU])

- (A) Gummistiefel anzieht, über die Stege läuft und die Situation bedauert. Dabei hat sie selber nicht ausreichend gehandelt.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im Hochwasserschutz versagt.

Meine Damen und Herren, dieser Umweltetat ist durch Fehlentwicklungen und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Er kann von uns keine Zustimmung erfahren. Wir können Sie nur herzlich bitten, wenigstens - weil Sie ja sonst alles niederstimmen - den beiden Anträgen zuzustimmen, die wir Ihnen vorgelegt haben, und zwar einmal zum Hilfsfonds für die Schließung von Billigdeponien und zweitens zum Bereich der Abwasservorsorge.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Stump und erteile der Frau Abgeordneten Kieninger für die SPD-Fraktion das Wort.

- (B) **Gerda Kieninger (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den Haushaltsplan des Umweltministeriums. Genau wie heute waren diese Diskussionen in der Vergangenheit häufig von Spekulationen seitens der CDU-Fraktion geprägt, weich furchtbar negative Auswirkungen von der rot-grünen Landesregierung und dem kommenden Haushalt auf die Landespolitik insbesondere im Umweltbereich ausgehen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist auch heute so, und es wird Gott sei Dank auch im nächsten Jahr so sein, wie es in diesem Jahr ist.

(Zuruf von der CDU: Aber dann hört es auf!)

Die Versuche der CDU, das Land Nordrhein-Westfalen und die Umweltpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen herunterzureden, und die Versuche, die Koalition zu spalten, werden auch 1999 wie schon so oft von den Realitäten überholt werden. Ich erinnere hier nur an zwei Themenfelder, in denen die CDU versuchte, die Handlungsunfähigkeit der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung festzumachen.

(C) Erstens: Garzweiler II. Dieses Thema ist lang und breit in allen Details diskutiert worden, in Aktuellen Stunden, über Dringliche Anfragen und Anträge der CDU-Fraktion. Hierzu nur folgendes: Die wasserrechtliche Erlaubnis ist, wie angekündigt, fristgerecht gekommen. Der Ministerpräsident hat sein Wort gehalten. Es besteht Planungs- und Investitionssicherheit für das Unternehmen. Die für die vorsorglichen Gutachten zur Verfügung gestellten Mittel haben das Genehmigungsverfahren keinesfalls - wie Sie es im letzten Jahr als Drohgespenst beschworen und als Stück aus dem Tollhaus bezeichnet haben - verzögert. Wir haben Wort gehalten, und die Bergleute haben sich ganz besonders bei der SPD-Fraktion bedankt.

(Beifall bei der SPD)

Damit haben wir klaren Kurs der Verlässlichkeit sichergestellt, und Ihnen von der CDU-Fraktion ist damit ein Thema ausgegangen.

Kommen wir zum zweiten Themenfeld, der Abfallpolitik! Wir haben hier mit dem neuen Landesabfallgesetz Planungssicherheit für die Kommunen und Gebührenstabilität für die Bürger gesichert.

(Zurufe von der CDU)

(D) Wenn Sie sich das Presseecho ansehen: Lob von allen Seiten. Nur bei Ihnen ist es nicht gelandet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielmehr fordern Sie im Rahmen der Haushaltsanträge einen Sondertitel "Lastenausgleich zur Schließung nicht TASI-konformer Deponien" in Höhe von 50 Millionen DM. Daß Sie hierfür keinerlei realistischen Deckungsvorschlag unterbreiten, ist nicht neu und liegt voll auf der Linie Ihrer bisherigen Anträge. Auch hier haben Sie nichts dazugelernt.

Aber noch schlimmer: Darüber hinaus geht Ihr Antrag auch an abfallpolitischen Notwendigkeiten vorbei. Wir brauchen doch keinen Lastenausgleich für diejenigen, die immer noch unvorbehandelte Abfälle kostengünstig auf Deponien ablagern können. Es kann doch nicht in Ihrem Sinne sein - und in unserem Sinne ist es schon gar nicht -

(Zurufe von der CDU)

daß wir denen Landesmittel geben, die es versäumt haben, TASI-konforme Abfallbehandlungs-

(Gerda Kieninger [SPD])

(A) anlagen zu schaffen, und die Gebühren dadurch seit Jahren niedriggehalten haben.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Das ist typisches Großstadtdenken!)

- Herr Lindlar, ich weiß sehr genau, wovon ich rede, nämlich davon, daß die, die nichts getan haben, jetzt vom Land belohnt werden sollen. Genau darüber rede ich; das ist Ihr Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunen, die gesetzliche Vorgaben beachtet haben, die investiert, ihre Altdeponien geschlossen und dadurch auch höhere Gebühren haben, sollen wir außen vor lassen. Es wird doch kein Mensch mehr freiwillig investieren, wenn er zum Schluß die Versäumnisse vom Land bezahlt bekommt.

Vielmehr benötigen wir hier intelligente Lösungen und Konzepte, die die vorhandenen High-Tech-Anlagen auslasten und hierdurch die Gebühren in den Griff bekommen. Das ist zeitgemäße Abfallpolitik. Dies haben wir mit dem neuen Landesabfallgesetz geschaffen, und hierfür ist eine Ausgabe von 50 Millionen DM nicht erforderlich.

(B) Als neues und altes Thema haben Sie wieder den Hochwasserschutz entdeckt. Meine Damen und Herren, wie steht das Land Nordrhein-Westfalen im Hochwasserschutz da? Ich erinnere hier an die qualitativ hochwertige Diskussion im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion im Sommer dieses Jahres.

Zweifelsfrei ist im Hochwasserschutz in den vergangenen Legislaturperioden in Nordrhein-Westfalen viel geleistet worden, und unbestritten setzt Umweltministerin Höhn die erfolgreiche Politik ihrer Amtsvorgänger in gleicher Weise fort. Das ist nicht zu beanstanden.

Unbestritten werden Hochwasserereignisse, die gerade die Stadt Köln in den vergangenen Jahren geschädigt haben, zum überwiegenden Teil von Moselzuflüssen ausgelöst. Meine Damen und Herren von der CDU, dies müßte Ihnen doch bekannt sein, wenn Sie auch die Antworten auf Ihre Anfragen gelesen hätten. Ein Blick auf die Karte der Bundesrepublik Deutschland hätte Ihnen dann auch gezeigt, bei welchen Hochwasserereignissen die Errichtung von Poldern in den Oberliegerländern hilfreich für Köln ist und bei welchen der Nutzen äußerst gering wäre.

Darüber hinaus scheint Ihnen entgangen zu sein, daß Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren eine

konsequente und erfolgreiche Hochwasserschutzpolitik betreibt. Es reicht eben nicht aus, Mittel in den Haushalt einzustellen, wenn von vornherein klar ist, daß diese nicht am Deich verbraucht werden können. Wir benötigen hier langfristiges planvolles Handeln und nicht populistischen Aktivismus, (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

der sich lediglich in Zahlen in einem Haushaltsplan, nicht aber im Hochwasserschutz niederschlagen würde.

Konsequenterweise wurden Ihre diesbezüglichen Anträge im Umweltausschuß abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Nun können wir "Alle Jahre wieder" anstimmen; denn als neues und altes Thema haben Sie wieder die Abwasserabgabe ausgegraben. Es handelt sich immer um denselben Antrag, die Forderungen sind gleich, und die Prosa ist verändert. Es ist müßig, wieder und wieder mit Ihnen darüber zu debattieren. Sie versuchen zu suggerieren, daß ein Mittelabfluß seitens der Landesregierung geradezu verhindert werden sollte. Das Gegenteil ist der Fall. Das müßte Ihnen doch durch das Studium der entsprechenden Förderrichtlinien und des Berichts des Haushalts- und Finanzausschusses vom 10. November 1998 geläufig sein. (D)

Bekanntermaßen liegen zwischen der Bewilligung von Mitteln und der tatsächlichen Verausgabung immer der Bau und die Schlußabrechnung der Maßnahmen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Exakt, genau so ist es!)

Gerade bei Abwasserbehandlungsmaßnahmen sind hierfür längere Zeiträume zu erwarten.

Entscheidend für uns ist, daß hier Mittel effektiv zum Nutzen der Umwelt eingesetzt werden können. Wir beobachten, daß diese Mittel in erheblichem Maße Baumaßnahmen anstoßen, Arbeitsplätze sichern und Innovationen fördern. Da dies ein gutes Konzept ist, erwarten wir in den kommenden Jahren die Fortsetzung des erfolgreichen Initiativprogramms "Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft".

(Beifall bei der SPD - Hans Peter Lindlar [CDU]: Nachdem ein Jahr nichts passiert ist!)

Dieses Programm sollte Bewährtes fortführen und neue Initiativen enthalten. Nennen möchte ich

(Gerda Kieninger [SPD])

- (A) beispielsweise die Durchführung zur Energieeinsparung bei Klärwerken, die Förderung von Mustervorhaben zum produktionsintegrierten Umweltschutz im Zusammenhang mit Abwasserbehandlungsmaßnahmen sowie die Regenwasserversickerung. All diese Maßnahmen werden ihren Beitrag zur Verbesserung der Umweltqualität sowie zur Schaffung und Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen leisten.

Ich bitte Sie, dem Haushalt der Landesregierung zum Einzelplan 10, Teilbereich Umwelt und Raumordnung, zuzustimmen und den Antrag der CDU-Fraktion zum Einzelplan 10 abzulehnen.
- Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rimmel das Wort.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Daß der Kasperrek Ihnen einen solchen Mist aufschreiben kann, würde ich mir nicht gefallen lassen! - Gegenruf von der SPD: Das ist eine Beleidigung!)

(B)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Ich frage Sie ausdrücklich: Was erwarten Sie eigentlich von einer Haushaltsdebatte im Landtag? Dies zumindest habe ich mich bei der Erstellung meines Redemanuskripts gefragt. Eine Haushaltsdebatte gehört zu den Höhepunkten des parlamentarischen Jahres und sollte eigentlich die Auseinandersetzung über die richtigen Politikkonzepte, die großen Linien, die Leitbilder für zukünftige Entwicklungen sein - heute über die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen. Eigentlich sollte dies die Stunde der Opposition sein: Sie präsentiert den Gegenentwurf zur Regierungspolitik, sie zeigt die Alternativen auf, sie fordert zum Wettbewerb um die bessere Umweltpolitik heraus.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Genau so ist es!)

In dieser hoffnungsfrohen Erwartung auf eine spannende Auseinandersetzung habe ich mich heute morgen für die Plenardebatte gerüstet und

Ihrer Rede, Herr Stump, gespannt gelauscht. Leider muß ich jetzt feststellen: kein Gegenentwurf, kein Angebot zum Wettbewerb um bessere Konzepte, keine Alternative und auch kein Gegenkonzept zu unserer Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Statt dessen erleben wir hier tagespolitisches Kleinklein, viel Lob für grüne Politik, und es ist immer das gleiche, was Sie uns im 25. Aufguß präsentieren. Es ist schon paradox: Sie haben einfach kein Konzept für die Umweltpolitik. Die Umweltpolitik der rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen - "leider" möchte man sagen und leise anfügen, daß die eine oder andere spannende Debatte auch nicht zu verachten wäre - ist konkurrenzlos.

(Dr. Annemarie Schrapf [CDU]: Ja, das stimmt! - Weitere Zurufe von der CDU - Heiterkeit bei der CDU)

- Sie können sich beruhigen.

Nun könnte man wohlmeinend annehmen, das sei in diesem Jahr ein einmaliger Ausrutscher. Ich habe mir daher die Mühe gemacht, eine kleine empirische Untersuchung über die konzeptionellen Vorschläge und Ideen der CDU-Opposition in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre vorzunehmen. Der Koeffizient für Konzepte und Ideen liegt dabei deutlich unter dem Grenzwert, er tendiert nahezu gegen Null, ist kaum feststellbar. (D)

1996 durfte zum Beispiel Herr Reul zum Einzelplan 10 sprechen - ich habe nachgeschlagen -, weil Ihre politische Gesamtstrategie der Enthaltbarkeit bereits nach einem Tag zusammengebrochen war. Obwohl er zum Einzelplan 10 sprach, hat er keinen einzigen Satz zum Umweltbereich verloren.

Im letzten Jahr dann haben Sie, Herr Stump, die ganze Redezeit genutzt, um über ein laufendes Genehmigungsverfahren zu Garzweiler II zu sprechen, also ein Verfahren der Exekutive. Für Umweltpolitik blieb kaum noch Raum.

In diesem Jahr hat die CDU - Sie haben es alle gehört - zur Politik der Nachhaltigkeit, zur Integration des Umweltschutzes in alle Politikbereiche, zur Verknüpfung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen unter dem

(Johannes Remmel [GRÜNE])

(A) Dach von Arbeit und Umwelt keinen Gegenentwurf.

(Zuruf des Hans Peter Lindlar [CDU])

Ich habe dies alles deshalb so ausgebreitet, Herr Lindlar, weil ich der festen Überzeugung bin, daß gerade der Umweltbereich eine inhaltliche demokratische Auseinandersetzung über den besseren Weg, über zukünftige Wege dauerhaft braucht. Dazu sind Sie leider nicht in der Lage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir das, so leid es uns tut, in der Koalition selber machen.

Dreh- und Angelpunkt unserer Umweltpolitik ist der Gedanke der Nachhaltigkeit. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen in diesem Jahr den Prozeß einer Agenda 21, eines Bündnisses für Innovation, Umwelt und Beschäftigung, als Beschreibung eines kooperativen Politikmodells auf den Weg gebracht. Dazu gibt es - das wissen Sie - keine Alternative. Nicht von ungefähr wollten Sie bei diesem Bündnis und dem entsprechenden Antrag mitmachen. Leider hat Ihre Fraktionsführung Ihnen dies wohl eher aus optischen Erwägungen verwehrt. Das ist schade.

(B) Aber diese Agenda 21 geht weit über das hinaus, was Sie unter "Umweltpakt" verstehen. Es ist auch mehr als das, was in Bayern passiert. Es ist eine Verschränkung mit anderen Politikfeldern weit über das enge Feld der Umweltpolitik hinaus. Es geht dabei nicht nur um Verfahrens- und Genehmigungsbeschleunigungen, sondern auch um verbindliche und überprüfbare Vereinbarungen. Es soll nicht nur der Status quo gewahrt, sondern es sollen nachhaltige Innovationen ange-regt werden.

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sind für diesen Prozeß ausdrücklich Mittel ausgewiesen. Das begrüßen wir. Der Haushalt liest sich in vielen Bereichen, nicht nur beim Umweltministerium, wie ein Kompendium der Nachhaltigkeit. Ich nenne aus dem Umweltbereich nur einige Stichworte, zum Beispiel die erfolgreiche Fortführung der Initiative "Nachhaltige und ökologische Wasserwirtschaft" - das größte und erfolgreichste Investitionsprogramm der Landesregierung mit über einer Milliarde DM Folgeinvestitionen und der Sicherung und Schaffung von 6 000 Arbeitsplätzen. Es hilft auch da nichts, Herr Lindlar, wenn

Sie Ihren Teebeutel, den Sie schon fünfmal aufgewärmt haben, noch ein sechstes Mal aufwärmen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht kein Weg an der Tatsache vorbei: Das Programm ist gut anderthalb Jahre alt. Sie wissen selbst aus kommunaler Erfahrung, daß solche Prozesse Zeit brauchen, bis die Anträge geschrieben und die Bewilligungen erteilt sind. Sie haben auch die Zahlen vorliegen: 90 bis 95 % der Mittel sind gebunden und bereits vergeben. Erfolgreicher kann kein Programm sein. Deshalb hören Sie doch mit Ihren Störmanövern und den immer gleichen Anträgen auf!

Das gleiche gilt für die umfangreichen Anstrengungen im Hochwasserschutz. Seit 1995 wird das Programm zum Hochwasserschutz konsequent abgearbeitet. Sie sollten nicht immer wieder auf Dinge Bezug nehmen, die außerhalb von Nordrhein-Westfalen liegen. Wir müssen uns um das kümmern, was wir hier in Nordrhein-Westfalen leisten können. Das andere liegt nicht immer in unserer Kompetenz; das hat die Ministerin deutlich gemacht. Zu dem, was wir in Nordrhein-Westfalen leisten können, müssen Sie das Programm von 1995 nehmen und feststellen, was abgearbeitet worden ist. Dann ist das eine sehr erfolgreiche Arbeit im Hochwasserschutz. Die ersten Projekte sind bereits abgeschlossen. (D)

Meine Fraktion - das sage ich an dieser Stelle auch ausdrücklich - strebt gerade im Hochwasserschutz mittelfristig eine deutliche Verstärkung des Ansatzes an.

Weiter möchte ich die Unterstützung von Lärm-minderungsplänen nennen. Mit der Hilfe des Landes können hier wichtige Impulse auch der Investitionsförderung vor Ort geleistet werden. Ich nenne außerdem das erfolgreiche Programm für die Sanierung von Kieselrot-flächen oder das Programm für innovative Abfallbehandlungstechniken. Das sind alles Beispiele, wie mit kleinteiligen Programmen Investitionen vor Ort ausgelöst werden. Es sind wichtige Bausteine im Umweltbereich, um einen Agenda-Prozeß darauf aufbauen zu können.

Mit einer Agenda 21 für Nordrhein-Westfalen haben wir einen neuen Politikansatz für Innovationschancen im Bereich Arbeit und Umwelt genutzt. Dabei müssen wir den Umweltschutz aktiv so fortentwickeln, daß er dauerhaft und selbst-

(Johannes Rimmel [GRÜNE])

(A) verständlich integraler Bestandteil wirtschaftlichen Handelns wird. Eine solche Umweltpolitik, die das Schwergewicht von der Nachsorge auf die Vorsorge verlegt, ist Motor für den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb begrüßen wir - meine Fraktion ganz besonders - die Landesinitiative "Produktionsintegrierter Umweltschutz" und den Haushaltsansatz von drei Millionen DM. Er wird eine Initialzündung für diesen Bereich und für die Verschränkung von Umweltschutz und Wirtschaftsförderung sein.

Unsere vielfältig vorhandenen zukunftsfähigen Ideen für eine nachhaltige Umweltpolitik basieren allesamt auf der Erkenntnis, daß der Standortvorteil Nordrhein-Westfalens nicht durch die Senkung der Umweltkosten, sondern durch die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft gewährleistet wird. Gerade in der Umweltwirtschaft sind es die kleinen und mittleren Unternehmen, die unsere Unterstützung brauchen.

Das ist dankenswerterweise noch einmal durch eine Studie, die auch vom MASSKS gefördert worden ist, bewiesen worden. Im Umweltbereich sind es die kleinen Unternehmen, die den Hauptanteil an der Gesamtwirtschaft ausmachen. Dort werden die neuen Ideen, die neuen Produkte, die neuen Verfahren entwickelt, und da muß unsere Unterstützung ansetzen. Ich denke, daß die Landesinitiative "Produktintegrierter Umweltschutz" hier einen wichtigen Beitrag leisten wird, auch um moderne Umweltdienstleistungen, wie Umweltmanagement, Stoffstrommanagement oder Effizienzmanagement, als Dienstleistungen marktfähig und konkurrenzfähig zu machen.

(B) Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß und darf herzlich um Zustimmung zu dem Haushalt werben. Angesichts dessen, was die CDU-Fraktion heute als Speerspitze ihrer Umweltpolitik in zwei Anträgen präsentiert hat, ist mir um die Umweltpolitik in diesem Lande und um die rot-grüne Politik nicht bange. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit - mit der Bitte um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Rimmel. - Das Wort hat die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Die rot-grüne Landesregierung hat sich seit 1995 einem sehr konsequenten Weg in der Umweltpolitik verschrieben. Wir wollen eine Effizienzrevolution. (C)

(Oh! und Lachen bei der CDU)

Wir wollen Vorsorge statt Nachsorge. Wir wollen eine neue Umweltpolitik gemeinsam mit der Wirtschaft, und wir wollen dabei die enormen Potentiale wecken, die darin für die Wirtschaft enthalten sind, und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Weil die Auswirkungen dieser Politik immer deutlicher werden, deshalb werden Ihre Attacken von der CDU immer heftiger. Sie haben keine Argumente mehr, und deshalb versuchen Sie, mit möglichst harten Angriffen über die Leere Ihrer Argumente hinwegzutäuschen.

Wo sind Ihre Anträge denn geblieben, Herr Stump? Sie haben eben von 16 zukunftsfähigen Anträgen im Ausschuß gesprochen. Jetzt sind nur noch zwei Anträge übriggeblieben. Dann waren 14 offensichtlich nicht von großer Substanz, sonst hätten Sie sie hier wieder gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU) (D)

Also viel Luft um nichts; das muß man hier wieder einmal sagen.

Ich möchte sehr klar und deutlich sagen, wie wir unseren Weg gehen werden, nämlich konsequent. Am Ende werden Sie dann diesen Weg mitgehen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Das werde ich an den verschiedenen Förderprogrammen, die wir hier eingeleitet haben, auch deutlich machen.

Was wir machen wollen, Herr Stump, ist eben kein Umweltpakt. Die Bayern sind da auch mittlerweile viel weiter; sie haben 1995 einen Umweltpakt gemacht. Sie haben jetzt einen ersten Bericht zur Agenda vorgelegt. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen jetzt einen neuen Weg gehen. Wir wollen nämlich zunächst Umweltqualitätsziele festlegen, und dann wollen wir unter diesem Rahmen, unter diesen Umweltqualitätszielen, in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Prozeß auch mit den Aspekten, die Sie genannt haben - Ökologie, Ökonomie und soziale Aspekte -, nach Lösungen suchen.

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) Die Umweltverwaltung soll leistungsfähiger und unbürokratischer gemacht werden. Da, wo wir können, erteilen wir uns freiwillige Selbstverpflichtungen, die natürlich mit entsprechenden Verpflichtungen für die Wirtschaft einhergehen müssen. Damit gehen wir neue, effiziente und gemeinsame Wege im Umweltbereich mit der Wirtschaft, aber auch mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen. Das ist das Neue an diesem Prozeß, und damit wecken wir neue Potentiale in dieser Gesellschaft. Damit machen wir die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig für das nächste Jahrtausend.

Das machen wir in allen Bereichen, so auch in der Abfallpolitik. In Nordrhein-Westfalen haben wir beispielsweise 15 000 genehmigungsbedürftige Anlagen; davon sind 2 500 besonders abfallrelevant. Deshalb ist es um so wichtiger zu schauen, wie wir die Vermeidungs- und Verwertungspotentiale ausschöpfen können. Das haben wir gemacht. Wir haben diese Unternehmen untersucht und festgestellt, daß sie Recyclingquoten von 60 bis 85 % haben. Hierbei handelt es sich um Schmelzanlagen, Gießereien, Lackieranlagen, Anlagen zur Chlorerzeugung sowie Anlagen im Kaltwalzwerk, im Eisen- und Stahlbereich und in der Glas- und Papierindustrie. Diese Potentiale werden wir wecken und ausschöpfen, ob Sie da mitmachen wollen oder nicht. Das ist der richtige Weg für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir machen dies gemeinsam mit den Unternehmen, und wir schaffen damit für die Wirtschaft in diesem Bereich Zukunftsfähigkeit.

Genau so sind wir im Landesabfallgesetz bei der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorgegangen. Ich möchte auf die Einzelheiten nicht eingehen, da wir erst im November diesen Jahres eine ausführliche Debatte dazu hatten.

Wichtig ist festzuhalten, daß wir nicht mehr vorrangig reparieren. Das hatte die Umweltpolitik jahrzehntelang geprägt. Wir fangen nunmehr bei den Symptomen, im vorsorgenden Bereich und auch in der Produktion selber an. Da liegen eigentlich die wesentlichen Bereiche, die wir ausloten müssen.

Zu diesem Zweck haben wir in Nordrhein-Westfalen eine Effizienzagentur gegründet. Kleine und mittlere Unternehmen, die nicht große Stabsstellen haben, die diese Potentiale in ihrem Unternehmen ausschöpfen könnten, wollen wir mit dieser

Agentur das Know-how und das Wissen über neue Technologien vermitteln, wie man Abfall vermeiden, Ressourcen bei der Produktion optimal nutzen und wie man damit auch den betrieblichen Gewinn nach oben bringen kann. Denn je weniger Ressourcen sie einsetzen, desto höher ist am Ende auch der Gewinn - sowohl für das Unternehmen als auch für die Umwelt. Genau diesen Weg gehen wir, und diesen Weg gehen wir sehr erfolgreich.

(Zuruf des Hans Peter Lindlar [CDU])

Das gilt übrigens auch für den Altlastenbereich. Ich finde es interessant, daß Sie momentan den AAV so positiv hervorheben. Wir wollen den AAV erhalten. Sie haben in den Debatten jahrelang argumentiert, der AAV sei überflüssig und sollte eigentlich abgeschafft werden. Ich möchte daran nur erinnern, da Sie nun plötzlich als Retter des AAV auftreten. Wir haben dagegen eine stringente klare Linie, die wir auch beibehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade deshalb sage ich: Wir haben eine Menge im Altlastenbereich bewirkt. In Nordrhein-Westfalen haben wir 30 000 Altlastenverdachtsfälle. Diese Flächen sind erfaßt. Auf 6 600 haben wir Erkundigungen eingeholt. 1 400 Sanierungen wurden begonnen oder sind bereits abgeschlossen. Das ist eine große Leistung für die ersten Jahre. Und es stimmt nicht, daß in diesen Bereich keine Gelder mehr fließen. Sie wissen, daß wir jedes Jahr im Gemeindefinanzierungsgesetz über 30 Millionen DM für Altlasten zur Verfügung stellen und dieses Programm konsequent durchführen.

Wir haben Probleme mit dem Lizenzgelt. Aber ähnliche gibt es auch in anderen Bundesländern, in denen die Abfallabgabe und die entsprechende Finanzierung von Altlasten völlig weggefallen sind. Die Gespräche, die wir mit der Privatwirtschaft geführt haben, haben aus unserer Sicht Erfolg gehabt. Das Kabinett hatte bereits im Sommer 1997 Zustimmung signalisiert. Es war aber die Wirtschaft, die nicht zusammengekommen ist. Mit dem VCI und mit dem Stahl hätte die Vereinbarung ohne weiteres abgeschlossen werden können. Es waren aber die Entsorger, die nicht mehr mitmachen wollten. Insofern hat Uneinigkeit in der Wirtschaft dazu geführt, daß wir immer noch keine Lösung in diesem Bereich gefunden haben. Nicht das Handeln der Landesregierung, sondern die Probleme in der Wirtschaft haben

(C)

(D)

(B)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) dazu geführt, daß diese Kooperation immer noch nicht zustande gekommen ist.

Die Lösung, die die CDU jetzt für Deponien vorschlägt, ist in der Tat hanebüchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verlangen von uns - und der erste, der da aufwachen würde, wäre der Landesrechnungshof -, daß den besonders problematischen Deponien, denjenigen, die besonders wenig gemacht haben, jetzt noch 50 Millionen DM in den Rachen gestopft werden sollen. Was die Methode angeht, ist das, was Sie da von uns verlangen, eigentlich eine Unverschämtheit, eine Verschwendung von Steuergeldern. Die Deponien müssen die Gesetze des Landes und des Bundes erfüllen. Wir gehen jede Deponie durch und schauen darauf, ob sie TASI-gerecht ist oder nicht. Und wenn das nicht der Fall ist, verhandeln wir mit ihnen über den Abschluß der Deponierung. Das ist der richtige Weg, anstatt Betreibern noch 50 Millionen DM in den Rachen zu stopfen, damit diese ihre Deponien noch länger betreiben können als bisher. Ich sage Ihnen klar und eindeutig: Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hans Peter Lindlar [CDU]: Das ist schon böswillige Wahrheitsverdrehung! Es fällt schon schwer zu begreifen, was wir wollen!)

- (B)

- Nein, nein!

Ich komme jetzt zum Wasser. Sie sind nun wirklich auf dem falschen Dampfer, wenn Sie jahrelang wiederholen, daß wir 200 Millionen DM aus der Abwasserabgabe auf der hohen Kante hätten und nicht verausgaben würden. Diese Gelder sind doch lange verplant beziehungsweise vergeben, und sie werden doch gerade schon verbaut. Verlangen Sie etwa von uns, daß wir Gelder zweimal ausgeben, daß wir mit Mitteln, die uns nur einmal zur Verfügung stehen, etwa zwei Bewilligungsbescheide ausstellen? Was verlangen Sie da eigentlich von uns? Ungesetzlich werden wir nicht handeln.

Wir haben das Programm "Ökologische Wasserwirtschaft" aufgelegt. Die Anträge werden bewilligt. Die Projekte werden gebaut, und erst dann fließt das Geld auch ab. Wie erfolgreich das Programm war, ersehen Sie aus den vielen Briefen. Insbesondere der ländliche Raum hat davon profitiert. Meinen Sie etwa, das Programm "Kleinklä-

anlagen" sei eines für Großstädte? Meinen Sie auch, das Programm für "Lösungen im Außenbereich" sei eines für Großstädte? Nein, gerade der ländliche Raum hat von diesem Programm profitiert, und er hat enorm viele Anträge dafür gestellt. Erkundigen Sie sich also erst einmal vor Ort! Dieses Programm ist ein Renner. Es ist so erfolgreich, daß innerhalb von zwei Jahren die dafür eingestellten 255 Millionen DM komplett bewilligt worden sind. Das hätte keiner von uns vermutet. Es gab einen Nachfrageboom bei diesem Programm in einer enormen Art und Weise. Dieses Programm werden wir weiterentwickeln, und wir werden ein Nachfolgeprogramm auflegen. Wir befinden uns in der Konkretisierung. Es wird 300 Millionen DM umfassen. Wir werden es auf jeden Fall fortsetzen, ob Sie mitmachen oder nicht; denn es war sehr erfolgreich.

Als letztes komme ich noch einmal zum Hochwasserschutz. Das, was Sie hierzu gebracht haben, ist wirklich eine Lachnummer.

Übrigens: Wo ist eigentlich Ihr Antrag auf Erhöhung der Mittel? Letztendlich mußten wir feststellen, daß Sie den Haushalt gar nicht richtig gelesen hatten.

(Roland Appel [GRÜNE]: Das können die nicht!)

- (D)

Wir haben im Haushalt bei den GA-Mitteln die Mittel für den Hochwasserschutz von 35 Millionen DM auf 70 Millionen DM erhöht. Das hatten Sie noch gar nicht mitbekommen. Dann haben Sie ganz schnell Ihren Antrag zurückgezogen, weil er lächerlich gewesen wäre. Nein, Sie können noch nicht einmal den Haushalt lesen. Ansonsten versuchen Sie wirklich, mit polemischen Angriffen hier Zwietracht zu streuen.

Wenn Sie den Widerstand bei Poldern ansprechen, der am Oberrhein besteht, dann gehen Sie doch erst einmal hin, kehren vor der eigenen Tür und versuchen, den Widerstand, der von Ihren Leuten, von der CDU hier in Nordrhein-Westfalen, organisiert wird, ein bißchen zu reduzieren.

(Peter Bensmann [CDU]: Nicht so laut!)

Sie können doch nicht auf der einen Seite gegen Widerstand in Trebur polemisieren, und gleichzeitig machen Ihre Leute Widerstand im Kreis Kleve.

Das ist doch die Situation. Sie versuchen, Projekte in Nordrhein-Westfalen mit aktiver Mitwirkung

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) von CDU-Leuten zu verhindern, und gleichzeitig versuchen Sie, in Hessen den Widerstand kleinzureden.

(Glocke)

Ich komme zum Ende. Wir haben ein Hochwasserschutzprogramm aufgelegt, welches zwanzig Jahre braucht, weil man Schäden von 100 oder 150 Jahren nicht in drei Jahren wieder reparieren kann. Ich habe dieses Programm Anfang Januar 1996 vorgestellt. Mittlerweile sind seit 1995 250 Millionen DM für die Verbesserung von Deich und Schaffung von Rückhalteräumen in dieses Programm geflossen. Damit sind 310 Millionen DM initiiert worden. Allein im letzten Jahr haben wir 50 Deichkilometer saniert.

Daß wir auch bundesweit hier mittlerweile eine führende Position einnehmen, sehen Sie daran, daß das Land Nordrhein-Westfalen in die Hochwasserkommission der Umweltministerkonferenz gewählt worden ist und dort eben die Interessen der Länder vertreten wird. Also: Wir haben eine Spitzenposition innerhalb der Länder; die haben wir uns durch ein gutes Konzept erarbeitet. Wir werden diese Konzeption weiterführen und werden unsere Politik von Ihnen auch nicht miesmachen lassen. Sie müssen eh mitmachen, weil sich unsere Konzepte durchsetzen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin. Damit haben wir vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft die Abteilung Umwelt und Raumordnung erledigt. Ich gehe dann zum Teilbereich

b) **Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**

über. Zu diesem Teilbereich hat zunächst der Kollege Uhlenberg von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie können sich im Moment entspannen, können sich auch ein Stück erholen. Dieses Trommelfeuer Ihrer lauten Rede ist sicherlich nicht nur für Sie anstrengend. Ich glaube, es ist für alle anstrengend, die sich hier im Plenarsaal befinden.

(Beifall bei der CDU)

(C) Ich leide ein bißchen darunter, vor allen Dingen, wenn der Versuch unternommen wird, Argumente durch Lautstärke zu ersetzen. Das haben wir gerade erlebt; das werden wir sicherlich beim zweiten Rundgang gleich auch noch einmal erleben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 10 des Landes Nordrhein-Westfalen - Landwirtschaft, Naturschutz - wird hier im Plenum im Rahmen der zweiten Lesung vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen diskutiert, die insbesondere auch die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen betreffen. Wir haben historisch niedrige Preise im Veredelungsbereich. Es gibt eine weitverbreitete Unsicherheit in der Landwirtschaft, wie die Verhandlungen über die Agenda im Frühjahr des nächsten Jahres ausgehen. Wir haben eine Milliardenbelastung im steuerlichen Bereich durch die neue Bundesregierung festzustellen und, meine Damen und Herren, wir haben einen Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen, der den Herausforderungen, die sich an eine zukunftsgerichtete Landesagrarpolitik stellen sollten, in keiner Weise gerecht wird.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es müßte um landespolitische Unterstützung, um die Schaffung von vernünftigen Rahmenbedingungen für eine Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen gehen, die sich einem europäischen Wettbewerb stellen muß, eine Landwirtschaftspolitik für eine umweltfreundliche und leistungsfähige Landwirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen. Davon kann, vor allen Dingen nach den großen Umstrukturierungen im Haushaltsplan 10, seitdem Frau Höhn die Verantwortung trägt, nun wirklich keine Rede mehr sein.

Es muß zunächst einmal festgestellt werden, meine Damen und Herren, daß bei den Haushaltsplanberatungen zwar immer erklärt wird, daß die finanzielle Situation des Landes Nordrhein-Westfalen angespannt sei. Das wird vor allen Dingen immer dann erklärt, wenn die Opposition Anträge stellt, daß dafür kein Geld zur Verfügung steht. Nur für die entsprechenden Spielwiesen der Landesregierung wird immer wieder genügend Geld zur Verfügung gestellt. So hat die Ministerin allein in den vergangenen Jahren enorme Ausgabenerhöhungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, im Bereich der Veröffentlichungen vorgenommen. Alles das, was mit Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang steht, ist in den vergangenen Jahren verdoppelt worden. Hier gilt

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

(A) nicht die Devise, daß auch in diesem Bereich gespart werden muß.

So gibt es immer wieder neue Bereiche, die wir feststellen können: Seminare für Verbände, Vereine und Betroffene zu Fragen der Bürgerbeteiligung. Da werden mal eben 100 000 DM, Herr Finanzminister, lockergemacht. Es geht um Kongresse und Symposien für umweltspezifische, frauenpolitische Themen, Herr Finanzminister. Für all diese Dinge stellen Sie locker Geld zur Verfügung. Wenn es aber hinterher an die wesentlichen Dinge geht, die diesen Haushaltsplan auszeichnen müssen, werden die falschen Weichen gestellt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat Anträge zu den zentralen Fragen der Landesagrarpolitik und der Politik für den ländlichen Raum gestellt: im Bereich der Dorferneuerung, wo es um den großen Investitionsstau geht, um die Schaffung einer Dorfakademie, wo vor allen Dingen der Kollege Krömer aus Minden-Lübbecke große Erfolge hat. Es geht um die Ansiedlung eines Zellstoffwerks in Nordrhein-Westfalen. Es geht um die Durchführung einer umweltpolitisch dringenden Maßnahme, nämlich der Kompensationskalkung in unseren Wäldern. Meine Damen und Herren, es geht schließlich um eine notwendige Aufstockung im Bereich der einzelbetrieblichen Investitionstätigkeit. Gerade bei diesem Antrag hätte ich zumindest die Unterstützung der SPD-Fraktion erwartet. Es hätte der SPD-Fraktion auch gut angestanden, vor dem Hintergrund eigener Beschlüsse in den vergangenen Jahren unserem Antrag die Zustimmung zu geben.

(B)

In der Initiative Agrar 2000 - das war noch Agrarpolitik der SPD in Nordrhein-Westfalen, die auch mit dem früheren Umweltminister Matthiesen verbunden wird - forderte die SPD, die Investitionsförderung auf die Entwicklung wettbewerbsfähiger Betriebe zu konzentrieren.

In der Praxis werden in Nordrhein-Westfalen aber die Förderanträge für Maßnahmen im Bereich der sogenannten artgerechten Tierhaltung und Direktvermarktung vorrangig bewilligt. Diese Regelung, die jetzt schon seit zwei oder drei Jahren in Nordrhein-Westfalen praktiziert wird, führt dazu, daß die im Jahre 1999 zu erwartenden Finanzmittel zu 40 % auf Antragsteller entfallen, die innerhalb des letzten Jahres einen entsprechenden Antrag eingereicht haben, während andere Antragsteller, die bereits vor drei Jahren einen Antrag gestellt haben, wieder leer ausgehen. Das

ist eine Politik gegen den Veredelungsstandort Nordrhein-Westfalen. (C)

Insgesamt wurden die Mittel für Direktvermarktung und Regionalvermarktung in den vergangenen Jahren von 4 auf 12 Millionen DM deutlich angehoben. Dies steht in keinem Verhältnis zu dem, was sich in diesem Bereich landesweit tut. Es geht dabei nicht mehr um die Stärkung des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen, sondern um die Umsetzung einer grünen Agrarpolitik, die von der SPD inzwischen auch nicht mehr kritisch hinterfragt wird. Nachdem nun die letzten sozialdemokratischen Agrarpolitiker aus dem Ministerium in Düsseldorf die Flucht nach Bonn angetreten haben, fällt in diesem Bereich wahrscheinlich die SPD-Kontrolle in Zukunft völlig aus.

Veränderte Rahmenbedingungen sind für die Landwirtschaft nach dem Regierungswechsel in Bonn festzustellen. Der neue Minister Funke hatte zunächst 14 Tage Freude an seinem Amt. Die landwirtschaftliche Öffentlichkeit war ja begeistert, daß er Landwirtschaftsminister wurde, und zwar aus zwei Gründen: Erstens. Alle waren froh, daß Frau Höhn nicht nach Bonn berufen wurde, so daß sie dort nicht ihre verhängnisvolle Agrarpolitik, wie sie sie in Nordrhein-Westfalen betreibt, fortsetzen konnte. Zweitens. Es waren alle froh, daß das Landwirtschaftsministerium nicht bei dem grünen Umweltminister Trittin eingegliedert wurde. (D)

14 Tage galt diese Freude, dann trat aber die politische Realität für Herrn Funke ein. Die Freude war vorbei, nun liegen die Fakten auf dem Tisch. Wenn man sich das dann einmal ansieht, was dort der Öffentlichkeit geboten wird, stellt man fest, daß das schlimm ist. Daß von einer rot-grünen Regierung die Landwirtschaft nichts zu erwarten hatte, das wußten nach den vergangenen Jahren zumindest die Landwirte in Nordrhein-Westfalen. Daß es aber in Bonn so dramatisch zugehen würde, damit hatten auch die größten Pessimisten nicht gerechnet.

Herr Funke konnte sich in Brüssel beim Exportverbot für britisches Rindfleisch nicht durchsetzen - mit allen damit verbundenen Risiken für den deutschen Rindfleischmarkt. Frau Höhn, die noch zu Borcherts Zeiten gefordert hätte, die Deutschen müßten nun die Grenzen schließen, legte den politischen Rückwärtsgang ein.

Bei der in Bonn auf den Weg gebrachten sogenannten Steuerreform wird die Landwirtschaft mit rund 2 Milliarden DM belastet. Hinzu kommt die

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) Ökosteuer. Die Landwirtschaft wird mit 380 Millionen DM belastet, der Gartenbau mit 140 Millionen DM und der vor- und nachgelagerte Bereich der Landwirtschaft mit 880 Millionen DM. Das sind Kosten, die meistens auf den Erzeuger abgewälzt werden, weil sie beim Verbraucher nicht wieder hereingeholt werden können. Wo haben Sie, Frau Höhn, Ihre Stimme erhoben, als es um die Interessen der bäuerlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen ging? Ich habe von Ihnen weit und breit nichts gehört.

Frau Höhn, Sie haben einen Amtseid abgelegt, die Interessen der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu vertreten. Durch die in Aussicht genommenen allgemeinen Steuersenkungen, zum Beispiel die Senkung des Spitzensteuersatzes, profitieren bestimmte Bevölkerungsgruppen, nicht aber die Landwirtschaft, für die diese Steuerpolitik, für die Sie auch in der Verantwortung stehen, keine Alternative darstellt. Sie sollten dem Landtag Ihr Konzept, das Sie im Bundesrat oder bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung in Bonn vorlegen, heute darlegen. Ihre Aussagen zur Steuerpolitik sind wichtig, weil in den nächsten Wochen in Bonn das Steuerkonzept verabschiedet werden wird.

- (B) Frau Höhn, Sie haben in früheren Jahren bei Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe lautstark und mit viel Pathos Ihre Stimme erhoben. Warum sind Sie so kleinlaut geworden? Auch wenn Sie durch die Garzweiler-Entscheidung Ihrer Regierung angeschlagen sind, ist dies kein Grund, die Interessen einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen so sträflich zu vernachlässigen, wie Sie das in den letzten Wochen getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Welche Position, Frau Höhn, vertreten Sie im Zusammenhang mit der Agenda 2000? In wesentlichen Bereichen sind Sie wohl mit Minister Funke und dem Agrarkommissar Fischler einer Meinung. Ich darf an dieser Stelle, Herr Präsident, zitieren, was Hans Leser in der letzten Ausgabe von "LZ" geschrieben hat und was vielleicht auch für diejenigen interessant ist, die nicht aus dem landwirtschaftlichen oder ländlichen Bereich kommen:

"100 kg Getreide zum Agendapreis von 16 DM, unter den höchsten Umweltstandards der Welt in Deutschland produziert, spiegeln nun wirklich nicht die ökonomischen und ökologischen Wahrheiten wider, wie sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Programm zur Bun-

- destagswahl 1998 für die Agrarpreisprodukte fordern. Bereits heute kostet die Entsorgung von 100 kg Bioabfall genausoviel wie die Erzeugung von 100 kg bestem Getreide. Ein Liter Milch ist heute häufig preiswerter als ein Liter Mineralwasser. Trotzdem sollen die Milchpreise bei Agenda 2000 weiter um 15 % reduziert werden." (C)

Meine Damen und Herren, diese Entscheidungen, wie es mit der Agenda 2000 weitergeht, fallen in den nächsten Wochen. Die landwirtschaftliche Öffentlichkeit kann erwarten, daß sich auch die Landwirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen in dieser Frage endlich einmal äußert.

(Beifall bei der CDU)

- Lassen Sie mich zum Schluß noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der zwar sicherlich eine Nische betrifft, der aber dennoch, gerade auch vor dem Hintergrund der letzten Debatte im Haushalt- und Finanzausschuß des Landtages Nordrhein-Westfalen, eine Existenzbedrohung für viele Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen darstellt. Es geht nämlich um die Zukunft des Rennsports in Nordrhein-Westfalen und die Tatsache, daß die Koalitionsfraktionen beschlossen haben, die Rückerstattung der Rennwettsteuer um 3 Prozentpunkte auf 93 % zu reduzieren. Dadurch gehen die Einnahmen dieser Vereine - es geht um die Zucht in Nordrhein-Westfalen und um einen gewissen Teil des Sports - um 600 000 DM zurück. Es geht dabei um die Existenz vieler Vereine, die dringend auf diese Gelder angewiesen sind. (D)

Es geht hier um Arbeitsplätze, und es geht um Zucht in Nordrhein-Westfalen. Meine Damen und Herren, die Entscheidung, die im Haushalts- und Finanzausschuß ohne Vorankündigung gefallen ist, ohne daß es zunächst eine entsprechende Vorlage gegeben hätte - es gab lediglich eine Tischvorlage -, wird entsprechende Konsequenzen für diesen Bereich mit sich bringen. Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion lehnt diese Art von Politik ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle sehr herzlich, die Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses, mit der sehr konkret Arbeitsplätze verbunden sind, zu revidieren und im übrigen dem Antrag der CDU-Fraktion die Zustimmung zu geben,

(Jürgen Jentsch [SPD]: Abgelehnt!)

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung in Nordrhein-Westfalen eine andere Politik einzuläuten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Uhlenberg und erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Steinkühler.

Horst Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Uhlenberg, Sie haben in diesem Parlament immer verkündet, der frühere Bundeslandwirtschaftsminister, Herr Borchert, nichts habe unternehmen können, weil - beispielsweise - Beschlüsse in Brüssel einstimmig gefaßt werden müßten. Und nach nur acht Wochen, die der neue Bundesminister Funke im Amt ist, beklagen Sie, daß der das nicht geregelt bekommt.

Die Landwirtschaft ist froh und glücklich darüber, daß Landwirtschaftsminister in Bonn ein praktizierender Landwirt ist.

(Beifall bei der SPD - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Der ist genauso praktizierender Landwirt wie Herr Martsch!)

(B)

Sie haben über die Agenda gesprochen. Eine Diskussion über die Agenda hat - das muß ich Ihnen deutlich sagen - bisher von seiten Bonns nicht stattgefunden. Die waren sich in dem, was sie wollten, nicht einig. Der Wirtschaftsminister sah es anders als der Landwirtschaftsminister. Also: Ein Diskussionsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Thema Agenda hat bisher nicht stattgefunden. Das war ein Fehler. Deswegen waren unsere deutschen Bedenken bisher nicht angemeldet worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Rimmel hat es vorhin schon angedeutet: Haushaltsberatungen sind eigentlich der Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen, und zwar über das, was gewesen ist, sowie gleichzeitig Ausschau zu halten nach dem, was kommen soll bzw. wird. Frau Ministerin, ich muß Ihnen gestehen: Beides fällt mir schwer!

Soweit der Agrarteil betroffen ist, sind die Diskussionen zum Einzelplan 10 wieder - wie schon so oft - durch ideologische Scheuklappendiskussionen bestimmt worden, weniger durch Sachargumente. Die CDU - auf der einen Seite - geht

davon aus, daß wir in Nordrhein-Westfalen einzig und allein für die Probleme der Landwirtschaft verantwortlich und zuständig seien. Andere sagen, die Probleme könnten nur durch eine grenzenlose Ökologisierung gelöst werden. Beides, so denke ich, ist nicht absolut richtig; wie so oft liegen die Wahrheit und der richtige Weg in der Mitte.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Meine Damen und Herren, ich werde versuchen, das mit Beispielen zu belegen: Nehmen wir zum Beispiel die schweinehaltenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Ist nun - wie uns Eckhard Uhlenberg glaubhaft zu machen versucht - deren schlechte Ertragssituation, die wir zur Kenntnis zu nehmen haben, darauf zurückzuführen, daß die Kosten für die staatliche Fleischhygiene exorbitant hoch sind und die Betriebe deshalb kaputt gehen?

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist Quatsch!)

Nein, meine Damen und Herren, das ist natürlich nicht der Fall. Wir müssen feststellen, daß sich die Situation am Markt in unheilvoller Weise dahin gehend verschoben hat, daß auf der Seite der Einkäufer ein Übergewicht besteht, das die Erträge für die Schweineproduzenten unerträglich reduziert. Das hat zu dem allseits bekannten historischen Tiefstand bei den Schweinepreisen geführt. Dem mit Investitionsmaßnahmen seitens des Landes entgegenwirken zu wollen, würde diese Verhältnisse nur noch zementieren. Das kann und darf nicht Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik des Landes sein.

(D)

Ähnliches berichten interessanterweise die Produzenten ökologisch angebauten Gemüses. Von ihnen ist zu hören, daß große Handelsketten die Einkaufspreise ökologisch angebauten Gemüses mit dem Hinweis auf die Förderung, die wir den Betrieben gewähren, drücken. Konsequenterweise betrachtet, führt damit staatliche Förderung nachweislich dazu, daß die Gewinne auf der Handelsseite vergrößert werden, ohne daß das den Landwirten zugute kommt.

Was können wir also im Sinne einer flächendeckenden und nachhaltigen Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen tun? - Ein Blick in den Haushalt zeigt uns, daß dieses Problem nicht in Nordrhein-Westfalen alleine gelöst werden kann. Die Ausgaben im Landwirtschaftsteil werden schon jetzt zum großen Teil aus der Gemein-

(Horst Steinkühler [SPD])

(A) schaftsaufgabe finanziert. Den Hochwasserschutz mitgerechnet, reden wir über ein Gesamtvolumen von rund 200 Millionen DM - und das bei einem Bundesanteil von 60 Prozent. Dies ist in Relation zu den Zahlungen des Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, der über die Kammern in Nordrhein-Westfalen abgewickelt wird, mit einem Betrag von circa 650 Millionen DM noch vergleichsweise gering.

Meine Damen und Herren, ich will die Zahlen, die der Kollege Uhlenberg eben genannt hat, wiederholen: Wenn es nämlich so ist, daß die Entsorgung von 100 kg Bioabfall so viel Kosten verursacht wie die Erzeugung 100 kg besten Getreides, müssen wir uns an den Kopf fassen, ob das alles noch in Ordnung ist.

(Ministerin Bärbel Höhn: Das ist aber nicht der Fall. Das ist Quatsch!)

- Frau Ministerin, ich zitiere. Ich habe gesagt: Wenn das so ist.

Wir müssen uns also in dem Spannungsgeld zwischen den verschärften Handelsbedingungen für die Landwirtschaft einerseits und den Reformfordernissen der Agenda 2000 andererseits darauf einstellen, in Nordrhein-Westfalen eine zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik zu gewährleisten.

(B) Da Nordrhein-Westfalen eine starke Region in Europa ist, erwarte ich, daß unsere Anforderungen im Ausschuß der Regionen und über den Europarat transportiert werden. Welche Anforderungen stellen wir an die Agenda 2000? - Ich will auf eine Detaildarstellung zu diesem Thema verzichten und nur so viel sagen: Wir erwarten im Rahmen der Diskussion um die Nettozahlerposition eine Entlastung der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Geld kann und sollte zum Nutzen der Strukturentwicklung gerade im ländlichen Raum eingesetzt werden.

Diese Förderung muß unbürokratisch und effizient erfolgen. Sie wird sich insbesondere an der Erhaltung und Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen zu messen haben.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Steinkühler, darf ich Sie einmal unterbrechen: Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Horst Steinkühler (SPD): Nein, denn das käme mit der Zeit nicht hin. (C)

Wir erwarten gerade im Bereich Milchwirtschaft, daß die Position der aktiven Milcherzeuger gestärkt wird.

Zwei weitere Themen möchte ich nur am Rande streifen. Wir haben im Ausschuß - Herr Kollege Uhlenberg hat darauf hingewiesen, wenn er auch den Kollegen Wilhelm Krömer besonders deshalb hervorgehoben hat, daß dieser sich besonders ins Zeug gelegt hätte, was ich allerdings nicht bemerkt habe, aber das ist ja egal - die Einrichtung einer Dorfakademie im Kreise Minden-Lübbecke beschlossen. Dafür brauchen wir nicht, wie von der CDU beantragt, 5 Millionen DM, sondern 45 000 DM als Anschubfinanzierung. Damit werden wir den ländlichen Raum stärken, indem nämlich entsprechende Veranstaltungen über diese Dorfakademie abgewickelt werden.

In der vorgestrigen Sitzung des Ausschusses haben wir eine Entgeltordnung beschlossen, die den Weg der Landesforstverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb aufzeigt. Für sämtliche Leistungen sind Tarife vorgesehen, aus denen sich der Empfänger die Leistungen maßgerecht und passend schnüren und auswählen kann.

Das Problem des mangelhaften Holzabsatzes in den nordrhein-westfälischen Wäldern beeinflusst diese Entgeltordnung allerdings nur wenig. Wir müssen weiter und mit verstärktem Nachdruck daran arbeiten, nachhaltige Wege insbesondere der Schwachholzvermarktung zu finden und zu realisieren. (D)

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE] und Zuruf des Clemens Pick [CDU])

- Herr Kollege Pick, ich weiß, das ist Ihr Thema, aber Sie sind da ein bißchen einseitig. - Wir haben im Haushalt wiederum ein deutliches Zeichen zur Realisierung von Pilotanlagen der thermischen Schwachholzverwertung gesetzt. Darüber hinaus ist es Zeit, im kommenden Jahr die Diskussion um die Möglichkeit der Ansiedlung eines Zellstoffwerkes in Nordrhein-Westfalen positiv zu beenden.

Den Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Mittel für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm - es tut mir leid, Herr Kollege Uhlenberg - müssen wir ablehnen. Es handelt sich um ein Programm aus der Gemeinschaftsaufgabe,

(Horst Steinkühler [SPD])

- (A) und wegen der Abhängigkeit von der Höhe der Bundeszuschüsse führt eine Erhöhung der Landesmittel hier überhaupt nicht weiter.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Die Anträge sind gedeckt!)

Lassen Sie mich einen kritischen Satz zu der in der vergangenen Woche durchgeführten Wahl des Kammerdirektors der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe sagen. Wir werden in der nächsten Woche ein Gesetz verabschieden, das sich mit landesweit drei Personalstellen befaßt. Dazu beraten wir ein Gesetz in drei Lesungen, um insgesamt drei Stellen im Land herabzustufen! Da frage ich mich - und richte diese Frage auch an den Finanzminister -, ob das alles angemessen ist.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Der politische Wille von Frau Höhn!)

- Ihr habt doch in Bonn auch vielem zugestimmt, was euch nicht gepaßt hat! - Meine Damen und Herren, trotz aller persönlichen Bedenken und einer durchaus erkennbaren Kopflastigkeit des Haushaltes 10 zugunsten der sogenannten ökologischen Landwirtschaft bitte ich um Zustimmung.
- Herzlichen Dank.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Martsch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Siegfried Martsch (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Lieber Eckhard Uhlenberg! Bevor ich mit meinem Beitrag beginne, möchte ich auf einige Bemerkungen der Opposition zu sprechen kommen. Die Opposition wird es sicherlich als große Ehre empfinden, daß ich abermals auf die von ihr gemachten Ausführungen Bezug nehme.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Darauf können wir zur Not verzichten!)

Drei Dinge haben mir im Ohr geklungen. Das erste ist, daß ein Westfale wie Eckhard Uhlenberg tatsächlich zwar das rheinische Wochenblatt "Die Landwirtschaftszeitung" liest, aber nur die Hälfte zitiert hat. Die Rede war von einem Preis von 16 DM für 100 Kilogramm Weizen. Sie hätten uns aber auch den folgenden Absatz zur Kenntnis

geben müssen, dem zu entnehmen ist, daß der Transport von 100 Kilogramm Weizen aus Nordamerika nach Deutschland 1 DM kostet. - Das ist eine der Ursachen, warum unsere Landwirtschaft unter solch einem Druck steht, weil nämlich billig produzierte Ware fast kostenlos transportiert wird und zu uns kommt!

(Beifall des Johannes Remmel [GRÜNE])

Wenn du das konsequent zu Ende gedacht hättest, hättest du eigentlich ein Plädoyer für eine Ökosteuer halten müssen, denn dann hätte das Ganze einen Sinn gemacht. Es ist immer gut, wenn man die ganze Wahrheit verbreitet und nicht nur die halbe.

Das gilt auch für den zweiten Punkt. Du hast von dem Programm "Artgerechte Tierhaltung" gesprochen und abermals beklagt - wir haben ja schon oft darüber diskutiert -, daß nach eurer Ansicht dadurch einige andere Antragsteller nicht ausreichend zum Zuge kämen.

Zunächst einmal ist das nicht zutreffend; denn wir kennen die Zahlen und Fakten. Zur Zeit ist es immer noch so, daß im Ablauf von ca. 24 Monaten nahezu alle Antragsteller bedient werden.

Aber der Gerechtigkeit wegen muß man doch hinzufügen; Dies ist ein neues Programm. Vorher, nämlich in den 80er Jahren, hat das Land Nordrhein-Westfalen Hunderte von Millionen im Rahmen des Programms "Umweltgerechte Tierhaltung" für den Bau von Güllebehältern und für die Investition in Spaltenböden ausgegeben. Ich will das gar nicht kritisieren und gar nicht bewerten. Aber in der damaligen Zeit war es nicht möglich, Fördermittel für Ställe mit Strohhaltung zu bekommen. Es ist also geradezu nur gerecht, wenn diejenigen, die jahrelang überhaupt keine Mittel erhalten konnten, nun die Möglichkeit haben, bevorzugt zuzugreifen. Das ist eine politisch gewollte Angelegenheit. So etwas nennt man "Lenkungseffekt". Aber vielleicht ist dieser Begriff ja nicht bekannt.

Ein letzter Aspekt! Ziemlich stark fand ich die Kritik am Haushalt, als gesagt wurde, es würden 100 000 DM für Seminare und Veranstaltungen ausgegeben. Man hätte hinzufügen müssen, lieber Eckhard Uhlenberg, daß das in hohem Maße Seminare und Veranstaltungen der Landfrauen im Rahmen der Agenda 21 sind.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist Quatsch!)

(Siegfried Martsch [GRÜNE])

(A) Dann solltest du vortreten und sagen, daß die CDU den Landfrauen das Geld nicht gönnt und es gern woanders hingeben möchte. Es geht immer um die ganze Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Ich bin keine Landfrau, nein, aber ich bin den Landfrauen sehr wohlgesonnen.

(Heiterkeit)

Es ist unbestritten, daß wir in einer Zeit leben, in der die Landwirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen in einer äußerst schwierigen Lage ist, nicht nur aufgrund von Wetterbedingungen, sondern auch aufgrund der gesamtglobalen und insbesondere der europäischen Situation. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß das, was mit der Agenda 2000 über uns kommen wird, wenn sie denn so kommt, in der Tat eine enorme Belastungsprobe für die Landwirtschaft in unserem Lande ist. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß viele Betriebe diese Belastungen nicht durchhalten werden. Die Agenda 2000 wird für eine ganze Reihe von Betrieben eine Existenzgefährdung bringen.

(B) Aber diese Agenda 2000 hat nicht die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin, die haben wir nicht auf den Weg gebracht. Sie ist aus Brüssel gekommen, und zwar in einer Zeit, in der die CDU-geführte Bundesregierung alle Einflußmöglichkeiten gehabt hätte, in einer Zeit, in der jedem in diesem Lande klar sein mußte, daß wir eine EU-Reform, auch eine EU-Agrarreform brauchen, in der die Bundesregierung aber wie so oft versagt hat, vernünftig gestaltend einzugreifen. Statt dessen hat sie entweder den Kopf in den Sand gesteckt oder ist mit dem Kopf vor die Wand gerannt, bis es wehtat. Das ist das Problem.

Ihr hattet 16 Jahre Zeit, vernünftige Dinge auf den Weg zu bringen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Und ihr seid jetzt dran!)

Kollege Uhlenberg, trete vor die Landwirtschaft und sei doch einmal selbstkritisch, sei doch einmal ehrlich und sage: Wir haben zwar Gutes gewollt, aber es hat leider nichts genutzt. - Ich unterstelle, daß ihr Gutes gewollt habt. Aber es hat nichts genutzt. Ihr hattet 16 Jahre die Macht und

habt sie nicht für die Landwirtschaft, sondern gegen die Landwirtschaft eingesetzt. (C)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das sehen wir im Moment bei der Steuerpolitik!)

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß auf deine Einladung hin der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Borchert in dieses Haus gekommen ist und gesagt hat: Bauern in Nordrhein-Westfalen, nehmt von dieser Landesregierung keine Fördermittel; die sind nur dazu da, euch zu schaden. - Jetzt klagst du, sie bekämen nicht genug Fördermittel. Irgendwo hat die christliche Partei eines der Gebote offensichtlich nicht ganz ernst genommen. Aber ich bin ja kein Pfarrer und will nicht weiter auf die Gebote eingehen.

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

Ich will allerdings offen ansprechen - auch auf den Zwischenruf hin -: Zweifellos sind die Steuerpolitik und auch die Ökosteuerpolitik, die im Raum stehen, verbesserungsbedürftig und verbesserungswürdig. All das, was ich bisher davon weiß - ich habe mich dazu auch öffentlich geäußert -, zeigt, daß die Landwirtschaft nicht Gewinner, sondern Verlierer sein wird. Wir alle, die wir der Landwirtschaft wohlgesonnen sind, tun gut daran, uns dazu zu Wort zu melden. Das hat aber nicht allein etwas mit der Politik der neuen Regierung in Bonn zu tun. (D)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nur!)

- Nein. Ich meine, auf einem Auge blind zu sein, ist ja schon schlimm, Eckhard Uhlenberg. Aber wenn man auf beiden Augen blind ist, ist das verdammt traurig.

Das hat etwas damit zu tun, daß wir in der gesamtgesellschaftlichen Debatte eine isolierte Situation haben, was die Landwirtschaft anbetrifft.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Bei euch, bei den GRÜNEN, bei uns nicht!)

Die Agrarpolitik ist in der Gesellschaft isoliert, auch in der CDU. Wenn die Bauern in diesem Lande bei euch nicht isoliert wären, müßte doch bei dem Wähleranteil, den ihr bei den Bauern habt, eure halbe Fraktion aus Bauern bestehen. Ihr seid doch auch isoliert.

(Zurufe der Regina van Dinter [CDU] und des Eckhard Uhlenberg [CDU])

(Siegfried Martsch [GRÜNE])

- (A) - Die halbe Fraktion ist doch gar nicht da. - Auch bei euch ist die Agrarpolitik isoliert, und dafür habt ihr die Verantwortung. Eine Partei, die jahrelang, jahrzehntelang den Weltmarkt gepredigt hat, die immer gesagt hat, es dürften nur die Größten und Besten überleben und preiswerte Nahrungsmittel produzieren, die darf sich nicht wundern, wenn die Gesellschaft das annimmt und die bäuerliche Landwirtschaft als eine finanzielle Last betrachtet. Ihr habt die originäre Verantwortung dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese rot-grüne Landesregierung hat von Anfang an andere Akzente zu setzen versucht, hat dazu beizutragen versucht, daß eine vom Weltmarkt möglichst unabhängige, eine regional wettbewerbsfähige Landwirtschaft betrieben wird, damit auch die Betriebe, die dem Weltmarkt nicht standhalten können, wenigstens im regionalen Bezug eine Chance haben. Das hilft nicht allen, sondern nur wenigen Betrieben, ist aber wenigstens ein grundsätzlich anderer Ansatz. Wir helfen einigen, ihr schadet allen - das ist der entscheidende Unterschied zwischen uns.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das sieht man bei der Steuerreform, bei der Ökosteuern!)

- (B) - Das werden wir noch sehen. Im Zusammenhang mit der Steuerreform wollen wir doch einmal festhalten, daß das, was jetzt an Kürzungsbeschlüssen vorliegt, fast identisch mit den Petersberger Beschlüssen eures Waigel ist.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nein, nein! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ihr mögt euch jetzt dafür schämen, aber das wollen wir doch nicht außer acht lassen.

Kurzum: Wir werden wie in den vergangenen Jahren auch neue Akzente setzen. Wir werden der ökologischen Seite ein hohes Gewicht beimessen.

Ich will auch dies ausdrücklich sagen: Wer glaubt, man könne sich am Weltmarkt orientieren und die Preise des gnadenlosen Öko- und Sozialdumpings auch für Nordrhein-Westfalen zum Maßstab machen, der hat die bäuerliche Landwirtschaft längst aufgegeben. Mit dem, was auf dem Weltmarkt stattfindet, kann die nordrhein-westfälische Landwirtschaft nicht konkurrieren. Wir brauchen einheitliche europaweite Standards, wir brauchen Einfluß auf die WTO-Verhandlungen,

gen, damit uns die Dumpingstandards hier keine Konkurrenz machen, wie es derzeit der Fall ist. (C)

Wer glaubt, man könne einseitig auf ökonomische, betriebswirtschaftliche Fakten setzen, der irrt und möge bitte schauen, was im Moment in Holland mit den Schweinemästern passiert. Sie gehen reihenweise kaputt, weil in Holland die ökologischen Probleme so überhandgenommen haben, daß dort jetzt nicht mehr ökonomisch produziert werden kann. Im Moment kaufen die Holländer in meinem Kreis Borken in großen Mengen Oberflächenwasser zur Trinkwasseraufbereitung, weil sie selbst nicht mehr über genügend verfügen.

Das sind die Konsequenzen, die dann auch die Ökonomie kaputtmachen, weil sie ausgesprochen teuer sind.

Die Politik dieser Landesregierung, Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen und somit auch durch regionales Wirtschaften einer möglichst großen Anzahl von Betrieben in Nordrhein-Westfalen eine Zukunftsperspektive zu bieten, greift auch in diesem Haushalt. Dies wird die einzige Chance sein, die unserer Landwirtschaft verbleibt. Das leere Phrasengerede und das Orientieren am Weltmarkt, wie es die CDU gerne hätte, wird unsere Landwirtschaft endgültig in den Abgrund drängen. - Danke schön. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn, das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Die entscheidenden vier Punkte, die für die Agrarpolitik und für die Bauern in Nordrhein-Westfalen wichtig sind, sind folgende:

1. die Verhandlungen über die Agenda 2000 auf europäischer Ebene,
2. die WTO-Verhandlungen,
3. die GA-Mittel und die Bundesebene und
4. das Umsteuern hier in Nordrhein-Westfalen.

Das sind die vier wesentlichen Eckpunkte.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Und die Steuerpolitik!)

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) - Ja, die gehört zu den Geschehnissen auf der Bundesebene.

Herr Uhlenberg, wenn Sie sagen, Sie hörten meine Stimme nicht mehr, dann sage ich Ihnen: Sie sehen mittlerweile meine Taten. Schauen Sie sich den Teil des Koalitionsvertrags zur Landwirtschaft an, der in Bonn geschlossen worden ist. Darin spiegelt sich die Handschrift sowohl von mir als auch vom Kollegen Funke wider, denn wir beiden haben diesen Teil des Vertrages gemeinsam formuliert, und das ist eine gute Basis für die Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Für die Steuerpolitik!)

Sie sagen, Sie sähen mich nicht mehr bei der Landwirtschaft. - Dazu muß ich sagen: Lesen Sie mehr Zeitung und schauen Sie mehr Fernsehen. Gestern war ich auf einer Veranstaltung mit 300 Bauern in Isselburg. Gestern morgen war ich in Hückeswagen bei der Vorstellung eines Regionalvermarktungsprojektes, das aus unserem Programm "Regionale Vermarktung" finanziert wird.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Wir waren im Parlament!)

(B) Ich habe vor wenigen Tagen - Ende November - eine Vereinbarung mit Herrn Kemper in Lippe getroffen, die die Bauern und einen Ausgleich im Zuge der Auflagen im Wasserschutzgebiet betrifft.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dazu gab es eine Gerichtsentscheidung!)

Ich war auf der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer - dort waren Sie auch -, und ich habe dort meine Vorstellungen vorgetragen. Ich habe mit dem Präsidenten des Bauernverbandes Rheinland eine Veranstaltung in Unna durchgeführt. Das waren die Veranstaltungen der letzten Wochen. Mehrere davon haben Sie besucht, und insofern habe ich den Eindruck, Sie haben nicht zugehört, was ich mache und was ich sage.

Deshalb sage ich hier noch einmal folgendes: Ich habe zum ersten Punkt, der Agenda 2000, meine Vorstellungen sehr deutlich gemacht. Ich glaube, die grundsätzliche und vollständige Ablehnung von Borchert war falsch.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Nein!)

Sie hat dazu beigetragen, daß die Bundesregierung keinerlei Möglichkeit hatte, in diese Diskussion einzugreifen, und das hat uns in eine Sack-

gasse geführt. Der entscheidende Punkt ist: Wir müssen die positiven Aspekte der Agenda 2000 nach vorne bringen, und wir müssen die negativen Aspekte der Agenda 2000 wegverhandeln. (C)

Ein negativer Aspekt ist in der Tat - und das haben Sie soeben gesagt - zum Beispiel die Anpassung bestimmter Produkte auf das Weltmarktniveau. Wer das im Milchbereich will, muß auch einsehen, daß es bei einem Preis von 40 Pfennig pro Kilo Milch dazu führt, daß der größte Teil der Milchviehwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht mehr existieren kann. Das wollen wir nicht, und deshalb werden wir diesen Punkt versuchen wegzuverhandeln. Wir werden soviel wie möglich tun, was uns unser Einfluß erlaubt.

Wir werden aber nicht so vorgehen wie Borchert, der sich mit seiner Position direkt ins Abseits manövriert hat und deshalb gar keinen Einfluß mehr hatte. So machen wir das nicht; das ist der erste Punkt.

Zum zweiten Punkt, WTO, kennen Sie meine Haltung: Wir haben einen hohen Standard, beispielsweise bei den Hygiene- und Umweltkriterien. Wir werden diesen Standard nur halten können, wenn wir bei den WTO-Verhandlungen zu einem Mindeststandard in diesem Bereich kommen. Dieser muß weltweit und für die Produkte, die eingeführt werden, gelten. Das müssen wir erreichen; das ist etwas zugunsten des Bestandes der Landwirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen. (D)

Jetzt komme ich zur Bonner Politik. Dazu sage ich aus meiner Sicht sehr deutlich: Die Steuerreform in Bonn darf nicht zu Lasten der Bauern gehen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das passiert aber!)

Deshalb hat Herr Funke sehr gute Vorschläge für einen Kompromiß unterbreitet, und diesbezüglich unterstütze ich ihn voll.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie tun nichts!)

Das habe ich in vielen Reden gesagt, und das können Sie auch in den Bauernblättern nachlesen. Wenn teilweise meine Position im "Westfalensblatt" nicht so verkündet wird, dann ist dies ein anderer Punkt. Aber Sie wissen es besser, daß ich diese Position verrete.

So, nun komme ich zum vorletzten Punkt, den GA-Mitteln auf Bundesebene. Dazu sage ich: Was wollen Sie eigentlich noch mehr? Auf Bundesebene sind unter Ihrem Minister Borchert die GA-

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Mittel so gekürzt worden, daß uns 48 Millionen DM weniger zur Verfügung stehen. Das ist doch Fakt! Das hat doch Ihr Minister gemacht. Das hat doch nicht unser Minister gemacht.

Schauen Sie sich doch einmal meinen Haushalt an: Der Einzelplan 10 steigt in 1999 um 3,5 %; der gesamte Haushalt steigt um 1,5 %. So sieht die Situation aus, und ich meine, es ist kein schlechtes Ergebnis für den Einzelplan 10, daß dieser um eine doppelt so hohe Quote steigt wie der Gesamthaushalt.

Schauen Sie doch einmal, wo dies erreicht worden ist: Es ist vor allem in der Landwirtschaft erreicht worden. Wir haben gerade im landwirtschaftlichen Bereich bei den GA-Mitteln eine Ausgabensteigerung von 170 auf 220 Millionen DM erreicht. Wir machen also genau das rückgängig, was Ihr Minister Borchert unseren Bauern eingebrockt hat. So sieht der Ansatz von Nordrhein-Westfalen aus, und das dürfen Sie nicht verkennen. Gucken Sie und rechnen Sie es zusammen!

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist noch nichts gegen die Steuerreform!)

- (B) Dann müssen Sie sich ganz leise zurückziehen, weil Sie keine Argumente haben!

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Da ist nichts zurückzuziehen!)

- Das ist der Punkt. Herr Uhlenberg: Sie haben keine Argumente!

Das Argument, das Sie soeben gebracht haben, daß wir keine Gelder zur Verfügung stellten, straft Sie Lügen. Das sieht man am Einzelplan, denn wir stellen diese Gelder zur Verfügung. Wir wollen die Landwirtschaft mit unseren Geldern vorrangig fördern bei der artgerechten Tierhaltung, beim ökologischen Landbau und bei der regionalen Vermarktung; dies sind zukunftsfähige Aspekte für die Landwirtschaft in diesem Land. Ich sage, es sind zukunftsfähige Betriebe, die diese Fördermöglichkeiten nutzen.

Das ist doch Ihr Problem: Wir greifen in Ihr Klientel hinein. Diejenigen nämlich, die bisher immer auf Ihre Förderanträge gesetzt haben, wenden sich nun einer rot-grünen Agrarpolitik zu. Das ist richtig, und wir machen sie auch mit diesen Betrieben zusammen.

Nun zum anderen Punkt, den Sie angesprochen haben, dem Verbraucherschutz: Diesbezüglich ist es wirklich langsam gut, Herr Borchert - Herr Bor-

chert sage ich schon! -, Herr Uhlenberg. Das ist ja manchmal dasselbe, jedenfalls war es jahrelang dasselbe. (C)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Ein guter Mann, ein guter Minister!)

Wir machen das gut. Sie fragen uns, wo wir gewesen wären, als es um BSE und die Entscheidung darum gegangen sei. Ich frage Sie: Haben Sie kein Fernsehen geguckt? Haben Sie keine Zeitung gelesen? - Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen einen Vorstoß bezüglich des Verbraucherschutzes gestartet. Ich habe angekündigt, und zwar mit den Landwirtschaftsverbänden, der Fleischwirtschaft, den Rindererzeugernorganisationen und den Verbraucherschutzorganisationen, daß wir Versuche durchführen und 5 000 Rinder testen würden.

(Unruhe - Glocke)

Wir nehmen den Verbraucherschutz ernst, und wir wollen gerade dadurch die Briten zwingen, einen solchen Test obligatorisch einzuführen. Dies war ein wesentlicher Vorstoß, den wir gemacht haben, um den Verbraucherschutz nach vorne zu bringen.

Diesbezüglich haben Sie in der Tat recht: Was auf EU-Ebene passiert, ist kein Verbraucherschutz, sondern das ist im Prinzip ein vordergründiges Nachgeben gegenüber den Wirtschaftsinteressen von Großbritannien. (D)

Das machen wir nicht mit. Wir versuchen, uns dagegen zu wehren.

Ein Punkt noch aus dem Bereich Landwirtschaft: Sie haben eben die Totalisatorsteuer der Rennbahnen, die Pferderennen, angesprochen. Sie wissen, daß mein Ministerium im Haushalts- und Finanzausschuß seine fachlichen Bedenken eingebracht hat.

(Unruhe - Glocke)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Ministerin, einen Moment bitte. - Meine Damen und Herren! Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten!

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich habe gegen diese Kürzungen, die vorgeschlagen worden sind, auch meine fachlichen Bedenken. Mir war der Kürzungsvorschlag vorher nicht bekannt. Ich glaube,

(Ministerin Bärbel Höhn)

(A) daß wir hier für eine Lösung sorgen müssen, weil die damit verbundenen Auswirkungen nicht gut wären. Ich werde auch als Fachministerin diese Tage nutzen, um hier mit den Fraktionen zu einer Lösung zu kommen - aber nicht laut, sondern sehr ruhig. Ich denke, daß wir am Ende eine Lösung finden, die das Überleben der Pferderennen-Veranstalter sichern wird.

Es ist nicht immer so, daß lautes Geschrei hilft, wenn man in der Regierung ist und das Sagen hat. Wenn man zusammen mit den Koalitionsfraktionen eine gute Politik machen will, sind manchmal die Gespräche im Hintergrund sehr viel wirkungsvoller.

Was wir außerdem noch machen werden, ist - darauf bin ich sehr stolz, weil es viel Geld kostet -, daß wir die Veterinär-Lebensmittelüberwachungsämter auf den neuesten Stand bringen müssen. Das gilt sowohl für das Amt in Münster als auch für das Amt in Krefeld. Wir haben uns für 1999 das Amt in Münster vorgenommen und wollen danach, so schnell wie möglich, in Krefeld tätig werden. Wir halten es für wichtig und notwendig, im Verbraucherschutz etwas zu tun.

(B) Ein wesentlicher anderer Bereich, um Bauern eine Perspektive zu geben, ist der Vertragsnaturschutz. Ein wichtiger Baustein ist das Kulturlandschaftsprogramm, die Vertragsnaturschutzumweltmaßnahmen, die Extensivierung, der Ökolandbau und die 20jährige Flächenstilllegung.

Wichtige Bausteine sind das Feuchtwiesenschutzprogramm, das Mittelgebirgsprogramm, das Gewässerauenprogramm, das Kulturlandschaftsprogramm der Kreise, die Schutzprogramme für Ackerwildkräuter und das Streuobst-Wiesenprogramm. Die förderfähige Kulisse liegt bei ca. 10 % der Landesfläche.

Die Mittel für den Vertragsnaturschutz betragen rund 10 Millionen DM. Sie sind gehalten worden. Wir halten das für wichtig, und wir glauben auch, daß wir in den nächsten Jahren sogar einen Ausbau erreichen werden.

Ein wesentlicher anderer Teil ist der Ausbau der biologischen Stationen und das Ökologieprogramm Emscher-Lippe. Wir haben mittlerweile 17 institutionell geförderte biologische Stationen und 17 projektbezogene. Wir haben 1999 für die biologischen Stationen 15 Millionen DM veranschlagt. Zwei weitere biologische Stationen sind in der Gründung. Dieser Bereich kann sich sehen lassen.

(C) Im Forstsektor gibt es eine Holzabsatzmarkt-Förderrichtlinie, mit der wir Blockheizkraftwerke fördern. Wir wollen für die kommunalen und privaten Waldbesitzer die Wirtschaftlichkeit des Waldes durch eine weitere Nutzungsmöglichkeit des Holzes verbessern. Das wollen wir auch für die Biomasse und die Windenergie zuwege bringen. Das alles sind Aktivitäten, die dem landwirtschaftlichen Bereich zugute kommen, wenn man sie nur fördert. Wir werden das tun, ob Sie mitmachen oder nicht.

Zum letzten Punkt, meine Damen und Herren, zur ökologischen Erneuerung des Emscher-Lippe-Raumes: Wir haben mittlerweile über 200 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 300 Millionen DM gefördert. 1999 stehen dafür 30 Millionen DM zur Verfügung.

(Unruhe - Glocke)

Einschließlich der 1999 im Rahmen der Ziel-2-Programme auszugebenden Mittel sind das weitere fast 200 Millionen DM für Maßnahmen zur ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum. Fördervorrang haben die Arrondierungen und ökologische Optimierung der sieben Nord-Süd-gerichteten regionalen Grünzüge und die Schaffung des neuen Ost-West-gerichteten Grünzugs entlang der Emscher.

(D) Wir glauben, daß ein solcher Weg zur ökologischen Erneuerung des nördlichen Ruhrgebiets wesentlich dazu beigetragen hat, daß das Ruhrgebiet jetzt weltweit in aller Munde ist, was zum Beispiel neue Touristenattraktionen angeht. Was im Rahmen der IBA, im Rahmen der ökologischen Erneuerung des nördlichen Ruhrgebiets geleistet worden ist, ist hervorragend, meine Damen und Herren. Darauf kann diese rot-grüne Regierung stolz sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind die Punkte, die wir vorantreiben müssen. Das ist Vorsorge. Das ist eine langfristige Strategie. Nur über diesen Weg einer neuen Perspektive, die wir dem Ruhrgebiet geben, werden wir neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb werden wir diesen Weg zukunftsfähiger Entwicklungen für das Ruhrgebiet, einer neuen Perspektive für das Ruhrgebiet, auch im Einzelplan 10 gehen. Das ist ein gutes Projekt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Ich **schließe** die **Beratung** zum Einzelplan 10.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3585** - Stichwort: "Schließung nicht TASI-konformer Deponien" - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3586** mit dem Stichwort: "Agrarinvestitionsförderungsprogramm" abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3510**. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, der mag das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 gemäß der Beschlußempfehlung mit Mehrheit **angenommen**.

(B)

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Justiz

Dieser Einzelplan besteht aus den Teilbereichen a) Inneres und b) Justiz.

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3503 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/3587 bis 12/3589.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal eine Feststellung treffen: Es war für die Rednerin vorhin unerträglich. Wenn Sie das Bedürfnis haben, sich eine Weile unterhalten zu wollen, wird das Präsidium diesem Wunsch gerne entsprechen und einmal eine Pause einlegen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich **eröffne** die **Beratung** zum Teilbereich

a) Inneres

und erteile Herrn Kollegen Paus für die Fraktion der CDU das Wort. (C)

Heinz Paus (CDU): Guten Morgen, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich richtig gerechnet habe, sollen von der Regierung im Jahr 1999 13 Milliarden DM für Justiz und Innere Verwaltung ausgegeben werden. Das soll ich in 10 Minuten Redezeit kommentieren. Das sind pro Minute 1,3 Milliarden DM. Sie sehen, das ist ein unmögliches Unterfangen. Deshalb will ich mich auf einige Anmerkungen zum Haushalt beschränken.

Erstens. Durch die erste Ergänzungsvorlage, die zum Haushalt präsentiert worden ist, werden die im Haushaltsentwurf ursprünglich noch getrennten Haushalte von Justiz und Innen auch organisatorisch zusammengefaßt. Es ist der Nachvollzug der verfassungspolitisch und verfassungsrechtlich verfehlten Verschmelzung der Ressorts. Dazu wird sich anschließend meine Kollegin Opladen eingehend äußern. Lassen Sie mich dazu nur feststellen: Die Zusammenfassung der Ressorts trifft nicht nur bei der Justiz auf einhellige Ablehnung, sie ist nicht nur bei den Rechtspolitikern über die Parteigrenzen hinweg auf pures Unverständnis gestoßen, auch die Polizei unseres Landes lehnt die Entscheidung des Ministerpräsidenten ab. Das hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Swienty, in der Anhörung der Fraktionen ausdrücklich festgestellt. (D)

Der Ministerpräsident hat, um der von uns beantragten einstweiligen Verfügung zuvorzukommen, die Zusage gegeben, daß keine weitere organisatorische Zusammenführung stattfindet. Deshalb erwarten wir, daß Sie unserem Änderungsantrag zustimmen, mit dem wir den Test durchführen, was von den Worten des Ministerpräsidenten hier im Hause zu halten ist.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeier [SPD]: Was soll denn so eine Bemerkung?)

Wenn Sie aus diesem Grund unserem Antrag nicht zustimmen wollen, dann tun Sie es zumindest in Respekt vor dem Verfassungsgericht, das bald nach dem 19. Januar 1999 entscheiden wird. Sollte Sie selbst das nicht überzeugen, dann tun Sie es aus Eigeninteresse; denn ich ge-